

# Äcker als Bauland

„RuF“-Sprecher Harald Stadler reagiert auf Argumente des Bürgermeisters

**BORNHEIM.** Dass sie unterschiedliche Auffassungen zum Teilverkauf der Bornheimer Freibadwiese haben, war zu erwarten. Und so reagiert Harald Stadler (SPD), Sprecher der Bürgerinitiative „Rettet unsere Freibadwiese“ (RuF), im Vorfeld des Bürgerentscheides am kommenden Sonntag auf die Argumente von Bürgermeister Wolfgang Henseler (SPD) für den Teilverkauf (wir berichteten).

„Das Freibadgelände“, so Harald Stadler, „ist neben den beiden Friedhöfen die letzte städtische Freifläche im Zentralbereich der Stadt Bornheim zwischen den Ortschaften Roisdorf und Bornheim. Es geht bei der Frage, ob die komplette städtische Grünfläche erhalten bleibt oder 16 500 Quadratmeter Freibadwiese verkauft werden, nicht um den Hinweis auf das viele private Grün im Stadtgebiet, sondern darum, wo die Stadt Bornheim noch über eine öffentliche Grünfläche für ihre Bürger verfügt.“

Stadler fragt: „Müssen die mehr als 30 Jahre alten Laubbäume auf der Wiese gefällt werden, damit dort Immobilien von Investoren errichtet werden können, nachdem der Stadtrat aus einer Wiesenfläche Bauland gemacht hat?“

Aus einer städtischen Wiese wollen die Verkaufsbefürworter aus Sicht von Stadler nur deshalb Bauland machen und

dieses an einen oder mehrere private Investoren verkaufen, „um mit dem Erlös weiter zu spekulieren“. Denn der aus dem Wiesenverkauf erzielte Gewinn werde, vermutet Ratsmitglied Stadler, anschließend in den Ankauf von weiteren Ackerflächen in den im neuen Flächennutzungsplan ausgewiesenen Baugebieten investiert, natürlich zum niedrigen Nichtbaulandpreis. Die Stadt Bornheim hat ein Vorkaufsrecht.

Wenn die Stadt genügend Ackerland auf diese Art erworben habe, beschließen die Ratsmitglieder die Aufstellung eines Bebauungsplans. „Ackerflächen werden in teures Bauland umgewandelt, um es anschließend an die Bürger zum Baulandpreis weiter zu verkaufen“.

Für Stadler ist das „doppelte Bodenspekulation“, wie sie die Bürgerinitiative ablehne. Stadler: „Wenn die Stadt Bornheim in den kommenden drei Jahren mit höheren Steuereinnahmen rechnen könne, dann sollte sie Grundstückseinkäufe aus eben diesen Mehreinnahmen tätigen. Die Gewerbesteuereinnahmen erhöhten sich nur allein im Jahre 2010 um drei Millionen Euro auf insgesamt 12,1 Millionen Euro. Auch die städtischen Grundbesitzsteuereinnahmen zeigen steil nach oben, nachdem der Stadtrat 2010 den Hebesatz erhöht hat.“ (jr)

Rundschau 26.5.2011